Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34 Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
fraktion.buergerliste@versanet-online.de http://www.buergerliste.de

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen sowie die drei Bezirksvorsteher der Stadtbezirke I, II, III , Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der drei Bezirke und die des Rates:

Die beiliegende Anlage dient in Gänze der Information der vier Gremien.

Die obigen Gremien setzen sich zudem dafür ein, dass die Bürgerbeteiligung zum Problemkreis A1/A3/A59 deutlich verbessert wird und von einer echten Beteiligung überhaupt gesprochen werden kann.
Hierzu erarbeitet die Verwaltung eine Regelung, die sicherstellt, dass auch die Bürger und ihre Initiativen umfassend und adäquat an den Planungen zu obigem Problemkreis beteiligt werden.

Begründung:

Die jetzt u.a. von Frau Deppe durchgesetzte Regelung - siehe Teil der beiliegenden Anlage ! - ist eine Farce.
Nicht nur, dass Frau Deppe die Zusammensetzung des Dialogforums völlig eigenmächtig, einseitig und willkürlich alleine bestimmte, und sich so kein offenes Dialogforum, sondern eine Versammlung schuf, die als weitestgehend funktionslose Verwaltungsnebenstelle bezeichnet werden könnte, deren mögliche Meinungsäußerungen, wegen ihrer willkürlichen, ja teilweise sogar gezielt-gewollten Zusammensetzung, nur von völlig untergeordneter Bedeutung sein können.
Demokratische Grundsätze sind nämlich bei der Bildung dieses Gremiums völlig außer Acht gelassen worden.

K.P. Gehrtz Michael Quatz

Leverkusen, den 25.2.2014 i.A. (Erhard T. Schoofs)

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34
fraktion.buergerliste@versanet-online.de
Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
http://www.buergerliste.de

Ergänzung der Pressemitteilung / des Protokolls

zur ersten Sitzung des Projektbeirates vom 20.2.2014 zum Problemkreis A1/A3/A59, inklusive neue Rheinquerung und völligem Neubau der beiden Leverkusener Kreuze und ihrer Zufahrten;

den Teilnehmern des Beirates - über Stadtverwaltung Leverkusen - sowie den verantwortlichen/zuständigen Stellen der Stadt, des Bundes- und des Landesverkehrsministeriums/Straßen NRW, inklusive Ministerbüros, zur Kenntnisnahme:

Bezug nehmend auf die Presseerklärung vom gestrigen Tage, „die in Kürze an die Presse versandt wird." - in Anlage -, die Redaktionen aber - ohne Ergänzungs- und Rücksprachemöglichkeit - bereits erreicht hat, wie man der aktuellen Berichterstattung der Medien vom heutigen Tage entnehmen kann, möchte ich, als Vertreter der Fraktion BÜRGERLISTE in diesem Beirat, diese Presseerklärung hiermit um - meines Erachtens - wesentliche, im Beirat angesprochene Punkte ergänzen:

1.) Es ist, nach den Ausführungen vom LMR Heinze und von Projektleiter Jansen im Beirat, festzuhalten, dass Straßen NRW als ausführendes Organ des Bundes- und des Landesverkehrsministers immer deutlicher Fakten schafft, ohne dass die Betroffenen - Bürgerinitiativen- und Stadt-/ Ratsvertreter - hierüber zumindest rechtzeitig informiert oder gar an ihnen beteiligt werden. Auf diesen Hinweis legte selbst Oberbürgermeister Buchhorn in dieser Sitzung erheblichen Wert und drang mehrfach darauf, dies zukünftig zu ändern.

2.) Die BÜRGERLISTE sah und sieht zudem die Interessen der Bürgerinitiativen in diesem Gremium durch Herrn Westmeyer höchstens ansatzweise vertreten.
Herr Westmeyer, weisungsgebundener städtischer Bediensteter, und einer der Sprecher der nur marginal tangierten Bürgerinitiative „Lev-

kontra-Raststätte"/LIV, wurde vom DIALOGFORUM der Stadtverwaltung als Vertreter der Bürgerinitiativen in den BEIRAT gewählt. Er erhielt hierfür auch nahezu alle Stimmen der Vertreter der örtlichen Spediteure, der IHK, des Arbeitgeberverbandes, etc., wie u.a. auch aus der Stadtverwaltung zu erfahren war.
Was wenig wundert, weil alle Teilnehmer dieses Dialogforums der Stadtverwaltung von Frau Deppe, der neuen Baudezernentin, die den GRÜNEN zugeordnet ist, eingeladen wurden und sich dann dort, im Dialogforum, auch noch selbst in ihrer Funktion bestätigen durften.
So gibt es dort nun u.a. auch vier Vertreter der Bürgerinitiative LIV, zu denen sich auch Herr Westmeyer zählt, während aber andere, deutlich größere Initiativen, nicht eingeladen wurden, obwohl deren Interesse Frau Deppe und der Stadtverwaltung rechtzeitig angezeigt war.
Frau Deppe ließ zur Krönung „demokratischer" Vorgehensweisen dann auch noch das von ihr zusammengesetzte Dialogforum darüber abstimmen, ob zwei große Bürgerinitiativen überhaupt eingeladen werden sollen. Dies wollten - nach Zeugenaussagen - aber weder die vier sogenannten Bürgerinitiativenvertreter der LIV noch der überwiegende Teil der Vertreter der Spediteure, etc. Auch eine Beteiligung des DGB fand keine Mehrheit.
Wenig vertrauenserweckend ist auch die Festlegung , dass jede Initiative / Interessenvertretung nur mit einem Mitglied im Dialogforum vertreten sein darf, LIV aber - auch ausweislich der Namenschilder - vier Vertreter im Dialogforum hat, während u. a. die große Initiative NETZWERK, die inzwischen mehrere hundert eingeschriebene Mitglieder und sechs mitarbeitende Initiativen zählt, nur einen Sitz erhielt und andere Initiativen - siehe oben ! - sogar von den Teilnehmern des Dialogforums als Teilnehmer ganz abgelehnt wurden.
Herr Westmeyer von „Lev-kontra-Raststätte"/LIV, den das Dialogforum der Stadtverwaltung - trotz nicht vorhandener Legitimation ! - als Vertreter der Bürgerinitiativen in den Beirat des ganzen Planungsprozesses wählte, mag ja das Vertrauen der Stadtverwaltung und seines Dienstherrn, Herrn OB Buchhorn, sowie der IHK, etc. und der örtlichen Spediteure haben, die der Bürger aber sicherlich weniger, so dass unseres Erachtens die direkt betroffenen Bürger auch im BEIRAT - Siehe oben: Dialogforum ! - nicht wirklich und erst recht nicht adäquat vertreten sind. Zumal dieser Beirat je einen Vertreter aller Fraktionen des Rates sowie mehrere Vertreter aus der Stadtverwaltung und aus dem Verkehrsministerium NRW umfasst, aber in Herrn Westmeyer nur einen einzigen , unlegitimierten und höchst umstrittenen angeblichen Vertreter der vor Ort aktiven Bürgerinitiativen.

Es sei denn, man würde auch den OB und/oder die Fraktionsvertreter im Beirat ebenfalls als Vertreter der Bürgerinitiativen ansehen, was von diesen Initiativen sicherlich völlig anders gesehen wird.

3.) Meines Erachtens nicht unwesentliche Beiträge und Hinweise, die ich als Vertreter der BÜRGERLISTE in der ersten Sitzung des Beirates zum aktuellen Planungsstand machte, finden sich erwartungsgemäß nicht in der Presseveröffentlichung der Stadt. Deshalb ergänze ich diese hiermit ebenfalls.

- Nach weiterem intensivem Aktenstudium machte ich - u.a. hier im Beirat - darauf aufmerksam, dass es ein Gutachten des renommierten Ingenieurbüros von Professor Dr. Sedlacek & Partner aus Aachen vom 20.4.2012 gibt, das ausführt, dass ein sicheres Betreiben der Brücke bei erhöhtem Inspektions- und Unterhaltungsaufwand für weitere 10 bis 15 Jahre möglich ist. Allerdings empfiehlt das Gutachten aus technischer und insbesondere wirtschaftlicher Sicht - da fortlaufende Reparaturen, etc. sehr kostenintensiv - eine sofortige Neuplanung.
  Da aber die letzte Hauptuntersuchung der Brücke - Dauer **1.7. bis 19.12.2013** -, nach etlichen Reparaturen und zusätzlichen Stabilisierungsmaßnahmen eine Zustandsnote von 3,0 ergab - 2001/ Hauptuntersuchung sowie 2003/Sonderuntersuchung nur je 3,3, mithin eine schlechtere Zustandsnote -, also aktuell seit 2007 sogar eine Verbesserung der Situation festzustellen ist - 2007/2008 Zustandsnote auch 3,0 - ist nach Rücksprache mit Fachleuten, für mich nicht zu verstehen, warum die Verantwortlichen jetzt plötzlich einen so unnötigen und übermäßigen zeitlichen Druck zum Bau der Doppelbrücke aufbauen.
  Zumal klar aus den vorhandenen Akten zu erkennen ist, dass die Zustandsbeschreibungen der Brücke mit einer schlechteren Zustandsnote von je 3.3 in 2001 und 2003 dagegen keinerlei planerische Neubauaktivitäten auslösten, da man diese wohl für nicht nötig, oder zumindest als nicht so drängend ansah.
  Auch die intensiven, fast ganzjährigen Untersuchungen 2007/2008 - Hauptuntersuchung vom 8.8.2007 bis 3.6.2008 -, die eine 3,0 Zustandsbenotung ergaben, lösten, nach den mir vorgelegten Akten, keine weiteren Untersuchungen noch gar hektische Neubauplanungen aus.
  Akten zu Vorgängen, die nach der aktuellen Hauptuntersuchung Ende 2013 mit gleichbleibender Zustandsnote 3 zu den jetzigen, nun geradezu hektischen Planungen führten, wurden mir nicht vorgelegt. Hierzu soll es - nach Projektleiter Jansen - keine weiteren Akten geben.

Sollte dem wirklich so sein - siehe hierzu unten meine Bemerkung zum Fehlen eines wichtigen Teils des Brückenbuches ! - und mir wirklich keine Akten bewusst vorenthalten werden, dann erscheint mir die jetzige überhastete Vorgehensweise der Verantwortlichen völlig unverständlich, da nach Aktenlage unbegründet. Es sei denn, es handelte sich um einen inszenierten politischen Coup, um vor dem Hintergrund eines landesweiten Horrorszenariums, für Straßen und Brücken die notwendigen riesigen Geldsummen locker zu machen. Eine Entwicklung, die im Moment ja auch zu beobachten ist.
Ich kann mir dieses allerdings nur schwer vorstellen, ausschließen will ich dies aber auch nicht ganz, da die Politiklandschaft schon oft für markante Überraschungen sorgte.

Erläuterung: Die Brückenbenotung reicht von 1 bis 4, sodass eine Zustandsbenotung mit 3, nach Meinung von Fachleuten, als nicht so alarmierend zu bewerten ist. Viele der älteren Brücken, d.h. die meisten der genutzten Brücken, hätten angeblich eine solche Benotung.

- Auf diesem Hintergrund machte ich im Beirat deutlich, dass ich die mehrfach von LMR Heinze in der Sitzung nachdrücklich gemachte Feststellung, der sofortige, unter Zeitdruck vollzogene Bau dieser neuen Doppelbrücke sei aus drängenden zeitlichen Gründen - akute Gefahr im Verzuge ! - alternativlos und damit - im Sinne rechtlicher Vorgaben - auch ohne vorherige Abwägung durchzuführen, da unabweisbar schnellstens notwendig, nicht akzeptieren kann. Auch Herrn Heinze´s mehrfacher Hinweis, ihr sofortiger Bau sei zudem von den beiden betroffenen Ministern in Bund und Land NRW bereits - ohne jedwede rechtlich vorgegebene Alternativen-Abwägung ! - seit Monaten als unumstößlich festgesetzt, war für mich kein akzeptables Argument, da hierdurch wesentliche Rechtsgrundlagen zur Abwägung von Alternativen ohne Not - Siehe oben ! - verletzt werden.
Hier wird meines Erachtens unnötig und bewusst zeitlicher Druck aufgebaut, um eine, bereits im Vorfeld vereinbarte Lösung, ohne rechtzeitige gesetzlich vorgegebene Alternativen-Abwägung durchzusetzen: eine Lösung für den ersten Bauabschnitt, zu der **bisher/20.2.14,** trotz fachlicher Anregungen u.a. aus der Bürgerschaft, keinerlei Alternativen - z.B. Tunnel- und Entlastungsstreckenlösung - ernsthaft oder auch nur ansatzweise untersucht wurden, was möglicher- und unnötigerweise zu vermeidbaren, und zeitlich aufwendigen gerichtlichen Auseinandersetzungen mit betroffenen Bürgern führen und somit deutliche Verzögerungen bringen könnte.
Ob Gerüchte, dass aktuell Aufträge zu nachträglichen Abwägungsakti-

vitäten erteilt wären, beruhigen da kaum. Auf Nachfrage wurde mir von Herrn Projektleiter Jansen gesagt, dass dem nicht so wäre, und es deshalb hierzu auch keine Akten gäbe.
Siehe hierzu auch das hochgelobte „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung" des Bundesverkehrsministeriums, das bei diesem Großprojekt - zumindest beim ersten der drei Bauabschnitte - keinerlei Beachtung findet !

- Dass bei meinen Akteneinsichten immer wieder wichtige Aktenteile fehlen - am vorausgegangenen Dienstag u. a. mehrseitige Kernaussagen des Brückenbuches - oder eine Einsichtnahme in Akten sogar oftmals rundheraus verweigert wird, da diese von den Hausjuristen „noch nicht" freigegeben wären, ist - nicht nur für mich - ebenfalls Anlass, daran zu zweifeln, dass man offen und partnerschaftlich - auch mit kritischen Bürgervertretern - miteinander umgehen will, obwohl die Vertreter der Ministerien/von Straßen NRW immer wieder betonen, dass man nun wirklich nichts zu verbergen hätte, und deshalb alle Fakten gerne offen darlege.

Leverkusen, den 22.2.2014

(Erhard T. Schoofs)